

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/wie-koennen-wir-unseren-wohlstand-retten--was-experten-jetzt-empfehlen-33824856.html>

Standort Deutschland

Wie können wir unseren Wohlstand retten? Was Experten jetzt empfehlen

Gute Ideen für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind gefragt. 16 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erklären, worauf es jetzt ankommt.

Kenza Ait Si Abbou

Vorständin bei Fiege Logistik und Expertin für Künstliche Intelligenz
Eigentlich ist Deutschland gut aufgestellt, um bei der Künstlichen Intelligenz vorn mitzuspielen. Wir haben eine exzellente Grundlagenforschung und technologisch starke Unternehmen. Was uns fehlt, ist Mut. Ein Beispiel: Wenn Krankenkassen die Gesundheitsdaten ihrer Versicherten umfangreicher mithilfe von Künstlicher Intelligenz analysieren ließen, könnten sie ihren Kunden eine maßgeschneiderte Vorsorge anbieten. Das würde der Gesundheit nützen und Geld sparen. Wer so eine Idee vorschlägt, hört in Deutschland oft: geht nicht – wegen des Datenschutzes. Die Europäische Datenschutzgrundverordnung gilt allerdings in der gesamten EU. Andere Länder finden Wege, mit privaten Daten verantwortungsvoll umzugehen und sie trotzdem für KI-Anwendungen zu nutzen. Uns bremst nicht die Regulierung, sondern der Umgang mit ihr. Aus Angst, etwas Falsches zu machen, tun wir oft lieber gar nichts. Um das zu ändern, sollten wir die Führungsetagen in Unternehmen diverser besetzen. Menschen aus anderen Kulturen gehen anders mit Risiken und Fehlern um – davon können wir alle profitieren.

Frank Werneke

Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi
Spätestens Corona, Krieg und Inflation haben es auch glühenden Verfechtern gezeigt: Haushalte von Bund und Ländern, die unter dem Diktat der Schuldenbremse stehen, funktionieren nicht. Deshalb wurde die Schuldenbremse in den vergangenen drei Jahren ausgesetzt, und daran sollten wir jetzt festhalten. Die Schuldenbremse muss abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert

werden, um mehr Investitionen möglich zu machen. Dass dafür Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat notwendig sind, ist klar. Aber wir haben noch zwei Jahre Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir die Reform der Schuldenbremse angehen? Wie dringend eine solche Reform ist, zeigt der riesige Investitionsbedarf in Bildung, Gesundheit, Digitalisierung, Wohnen, Verkehr, Energie und Klimaschutz. Ein kaputtgespartes Land ist nicht lebenswert. Wenn wir jetzt nicht ausreichend investieren, burden wir den jüngeren Generationen in der Zukunft nur immer mehr und immer größere ungelöste Probleme auf.

Martin Brudermüller

Vorstandsvorsitzender, BASF
Die Transformation sollte so gestaltet werden, dass Firmen gern in klimafreundliche Projekte investieren – weil es sich für sie lohnt! Die Transformation zur Klimaneutralität sollte ein Geschäftsmodell sein, ein Anreizsystem und keine Belastung durch komplizierte und lähmende Regulierungen. Die Amerikaner zeigen, wie es geht: Der *Inflation Reduction Act* ist so einfach wie bestechend. Er bietet Steuererleichterungen abhängig von der CO₂-Reduzierung, die mit einer Investition erzielt wird. Das ermöglicht den Unternehmen niedrige Herstellungskosten und stellt somit den international wettbewerbsfähigen Betrieb von klimafreundlichen Investitionen sicher. Ein Geschäftsmodell, bei dem ich mit CO₂-neutraler Produktion Geld verdienen kann – da ist jeder Unternehmer dabei. Wir sollten die Infrastruktur ausbauen und der Gesellschaft kostenfrei stabile und leistungsfähige Netze zur Verfügung stellen, damit Grünstrom von der Küste bis zu jedem Standort in Deutschland gelan-

gen kann. Unsere Ambition muss sein, die beste Infrastruktur der Welt zu haben. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand – nach dem Vorbild des deutschen Wirtschaftswunders in den 1950er-Jahren. Wir würden auch eine hohe Gerechtigkeit für die notwendige Transformation hin zur klimaneutralen Gesellschaft schaffen –, denn alle profitieren von leistungsfähigen Verkehrs- und Digitalnetzen sowie von Strom- und Wasserstoffnetzen, die der Industrie die klimaneutrale Transformation ermöglichen.

Veronika Grimm

Ökonomin

Um die Klimaziele in allen Sektoren möglichst effizient und sozial ausgewogen zu erreichen, sollte der Emissionshandel geschärft und die Einnahmen als Klimageld pro Kopf an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Damit wäre sichergestellt, dass die Klimaziele durchgesetzt werden und regulatorische Unsicherheit reduziert wird. Deutschland sollte hier im Rahmen des nationalen Emissionshandels in den Bereichen Wärme und Verkehr vorangehen und so die Voraussetzungen schaffen, auch in Europa zu den treibenden Kräften zu gehören. Global sollte angestrebt werden, die wachsenden Importe klimaneutraler Energieträger zu nutzen, um auch den Exportländern Zugang zu klimafreundlicher Energie zu ermöglichen. Insbesondere der Import großer Mengen Wasserstoff ist entscheidend, um der energieintensiven Industrie in Deutschland eine Zukunftsperspektive zu bieten – nur wenn die Unternehmen damit rechnen können, dass Wasserstoff in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht, werden sie hier investieren.

Ferdinand Dudenhöffer

Ökonom und Auto-Experte

Alle vier Jahre wechselt Deutschland seine Ziele. Das kann nicht gut gehen. Weder die Technikunternehmen im Silicon Valley noch Chinas Batterieindustrie haben ihre Überlegenheit in einer Wahlperiode erreicht. Wir brauchen wieder Weitsicht und einen langen Atem. In der Schweiz sind, anders als bei uns, die Straßen in Ordnung. Denn in der Schweiz gibt es das Bundesamt für Straßen (Astra), das unabhängig von Wahlperioden und Regierungen über Jahrzehnte die Budgets für die Infrastruktur verwaltet. Da kann nicht mal schnell ein Finanzminister in die Kasse greifen, um ein Finanzloch zu stopfen. Wir müssen uns auch neu organisieren und Politikern Kompetenzen entziehen. Warum kein „Astra“ gründen mit einem 20-Jahres-Budget für die Entwicklung des selbstfahrenden Autos? Ein Bündnis aus deutscher Autoindustrie, chinesischen Hightech-Unternehmen, Forschungsinstituten und Autovermietern, um zum Weltmarktführer für autonome Autos aufzusteigen: Das wäre mehr wert als die paar Milliarden der Ampel für Batterie- und Chipfabriken.

Jasmin Arabian-Vogel

Präsidentin Verband deutscher Unternehmerinnen e. V.

Ich bin gerne Unternehmerin, allerdings drückt mich – wie so vielen anderen – massiv der Schuh: Uns fehlen Mitarbeitende! Wir alle wissen, was es braucht, um den Fach- und Arbeitskräftemangel zu lindern: Ein funktionierendes Einwanderungsgesetz wäre schon mal ein guter Anfang. Noch besser wäre es, wenn die Zugewanderten, die schon längst hier leben und gern arbeiten würden, die Chance dazu erhielten. Denn Bürokratie und Arbeitsverbote bremsen diese Menschen aus und schaden damit auch den Unternehmen. Daneben bedarf es einer vereinfachten und beschleunigten Anerkennung von Qualifikationen und eines Perspektivwechsels: statt nur auf Abschlüsse zu blicken, sollten wir auf die Potenziale der Menschen schauen. Und wer, wenn nicht die Unternehmen selbst, kann die Qualifikation von Mitarbeitenden am besten einschätzen? Unser Vorschlag: Eine Anerkennungspartnerschaft zwischen Unternehmen und Fachkräften, bei der nicht nur die Eignungsprüfung, sondern auch die Anerkennung durch die Unternehmen erfolgt und Arbeitnehmende bereits ab Tag eins des Verfahrens im Unternehmen arbeiten können. Durch diese

schnelle Beschäftigungsaufnahme entsteht eine Win-win-Situation sowohl für Arbeitgebende als auch Fachkräfte. Als Unternehmerin wünsche ich mir hier schlicht mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und Hürden. Nur so kann Deutschland endlich ein Land der Chancen werden!

Maren Urner

Neurowissenschaftlerin

Die wichtigste Frage aktuell ist, inwiefern wir die Transformation selbst gestalten und wie sehr sie durch den zunehmend drastischen Klimanotfall über uns hereinbricht. Damit der Gestaltungsraum für Ersteres groß ist, brauchen wir vor allem eine Eigenschaft: Neugier. Was uns Menschen von allen anderen Lebewesen unterscheidet, ist unsere Vorstellungskraft. Wir können uns Dinge ausmalen, die noch nicht da sind – auch eine bessere Welt. Wenn wir neugierig bleiben, verfallen wir nicht in eine angstgetriebene Kultur, in der wir lediglich verhindern wollen, dass sich etwas verändert, weil Dinge wegfallen oder teurer werden. Das Umschwenken in den Neugier-Modus ist aber leichter gesagt als getan. Denn obwohl wir alle neugierig geboren werden, wird unsere Neugier durch gesellschaftliche Strukturen und Normen häufig verdeckt. Wir brauchen also mehr Raum zum Ausprobieren, zum Entdecken und freien Entwickeln. Führungskräfte können das aktiv fördern, zum Beispiel indem sie ihren Mitarbeitenden Zeit geben, ihren echten Interessen nachzugehen. Und indem sie auf Fehler nicht mit der Schuldfrage reagieren, sondern Fehler als Teil des notwendigen Lernprozesses sehen. Dann trauen sich Menschen, ihrer Neugier nachzugehen. Und kommen von allein auf gute Zukunftsideen.

Belén Garijo

Vorsitzende der Geschäftsleitung, Merck

Die Weltuntergangsprognosen finde ich übertrieben. Aber einige Themen sollten wir dringend mehr in den Blick nehmen, um die Marke „Made in Germany“ zu stärken. Erstens muss Innovation konsequent belohnt werden. Auch die kleinen Schritte, die Produkte immer besser machen – besonders wenn es dabei um das Wohl von Patienten geht. Ohne die kontinuierliche Verbesserung bereits zugelassener Medikamente kann es keinen medizinischen Fortschritt geben. Wir brauchen ein Finanzierungsgesetz für die gesetzlichen Krankenkassen, das dies auch honoriert. Außerdem werden Gesetze und Auflagen oft viel

zu kurzfristig formuliert. Uns betrifft das zum Beispiel bei den per- und polyfluorierten Chemikalien (PFAS), die wir unter anderem für die Produktion von Materialien für Computerchips oder in der Arzneimittelproduktion brauchen. Wir müssen die möglichen Auswirkungen von PFAS auf Mensch und Umwelt sehr ernst nehmen. Aber diese Stoffe sind in vielen Produkten nur schwer gegen nachhaltigere Lösungen auszutauschen. Deshalb sollte der Staat bei der Regulierung genau abwägen, an welchen Stellen die Chemikalien ersetzbar und an welchen sie aktuell noch relevant sind – auch für den digitalen und grünen Wandel wie bei der Computerchip-Produktion. Die Abwägung muss in allen Bereichen immer wieder stattfinden, denn sonst werden durch Verbote Innovationen ausgebremst.

Natalya Nepomnyashcha

Gründerin des Netzwerks Chancen

80 Prozent der CEOs der 100 größten deutschen Unternehmen kommen aus privilegierten Verhältnissen. So sieht Chancengleichheit nicht aus. Dabei würden auch die Unternehmen davon profitieren, wenn sie etwas dagegen täten. Sie können dem Fachkräftemangel entgegenwirken, indem sie Menschen aus finanzschwachen oder nichtakademischen Familien beim Aufstieg begleiten. Denn haben es diese Menschen einmal geschafft, aus den Strukturen auszubrechen, sind sie wertvolle Fach- und Führungskräfte, die besonders resilient, lösungsorientiert und durchsetzungsstark sind. Personalverantwortliche können Menschen, die sonst durchs Raster fallen, gezielt ansprechen, einstellen und fördern. Dafür müssen sie weniger auf formale Qualifikationen und mehr auf Fähigkeiten und Kompetenzen achten, sich für ungerade Lebensläufe öffnen und sich sehr bewusst mit den eigenen Vorurteilen auseinandersetzen.

Jens Südekum

Ökonom

Die Strompreise in Deutschland liegen deutlich höher als in den USA und anderswo. Das ist ein Grund, warum sich Industrieunternehmen gegen den Standort entscheiden. Es gibt die begründete Hoffnung, dass die Strompreise in den kommenden Jahren wieder sinken werden. Dafür sorgt der Ausbau der Solar- und Windenergie in Kombination mit den großen Kapazitäten beim Bezug von Flüssiggas. Aber bis die Marktpreise für Strom spürbar sinken, wird es noch dauern. Industriebetriebe brauchen jetzt Planungssicher-

heit. Dafür kann der Brückenstrompreis sorgen, also eine staatliche Vergünstigung der Stromkosten von energieintensiven Unternehmen. Wenn alles nach Plan läuft, schafft er sich im Laufe der kommenden Jahre von selbst wieder ab. Sinken die Marktpreise für Strom nicht wie geplant, dann muss der Brückenstrompreis spätestens 2030 auslaufen, und die Industrie würde wohl aus Deutschland verschwinden. Aber jetzt müssen wir erst mal darum kämpfen, dass die Unternehmen bleiben und hier in die Transformation investieren.

Jonas Andrusis

Aleph Alpha

Wir stecken mittendrin in einer industriellen Revolution. Jede Form der Wissensarbeit wird radikal umgestaltet, und die Welt, in der unsere Kinder und Enkel aufwachsen, wird von KI geprägt sein. Europa liegt dabei im Vergleich der drei großen Wirtschaftszonen abgeschlagen auf dem dritten Platz: Während 2008 die europäische Wirtschaft gleichauf mit der amerikanischen war, ist letztere heute doppelt so groß. KI verstärkt diesen Trend: Es fehlen uns die großen und strategischen Player: In den US/EU-Gesprächen zu Handel und Technologie repräsentierte Aleph Alpha die europäische Industrie für moderne KI – und obwohl wir nicht das einzige erwähnenswerte KI-Unternehmen sind, ist ein Ungleichgewicht unübersehbar: Auf der anderen Seite des Tisches sitzt Microsoft. Hier geht es aber nicht nur um KI-Unternehmen. In allen Branchen sowie der öffentlichen Verwaltung wird KI die Wertschöpfung massiv verändern. Ich erlebe viele gute Diskussionen, ich sehe den Kampf um eine innovationsfreundliche Regulierung, aber ich erlebe auch viel Unverbindliches. Händeschütteln und einmal lächeln fürs Foto. Wir werden uns nicht in die Technologiesouveränität reden können. Das Wichtigste ist, dass wir uns trauen, KI umzusetzen. Und zwar jetzt. Sofort. Das gilt auch für die Regierung. Mit Augenmaß, sorgfältig und vorsichtig. Nur dann haben wir die Chance, diese neue Technologie mitzugestalten und werden nicht zu zahlenden Konsumenten einer Handvoll Konzerne in den USA und Asien degradiert.

Carsten Rutz

Vorstandsvorsitzender Deutsche Reihenhaus AG

Seit dem Zinsanstieg 2022 fordert die Wohnimmobilienbranche, der Bund müsse ihr helfen. Ich sehe es anders: Bezahlbare Häuser und normalverdie-

nende Menschen müssen gefördert werden. In den letzten Jahren hat der Markt fast jede unternehmerische Dummheit im Wohnungsbau geheilt. Grundstücksverkäufer, Projektentwickler, Banken und – durch die Grunderwerbsteuer – Länder haben unmäßig Geld verdient. Das Eigenheim wurde für viele zu einer Selbstverständlichkeit. Das ist vorbei. Schläuer Wohnungsneubau lässt sich nur noch realisieren, wenn alle bereit sind, sich zurückzunehmen. Ich plädiere seit Langem für einen Erlass der Grunderwerbsteuer beim ersten Haus, egal ob Eigennutzung oder Vermietung. Damit wir nicht die Gießkanne über alle – auch die, die es finanziell nicht brauchen – ausgießen, bin ich für eine Obergrenze: Erlass der Grunderwerbsteuer bis 500 000 Euro. Was darüber hinausgeht, wird versteuert. Wohnen zu diesem Verkaufspreis ist machbar – durch serielles Bauen, das die Ampel schon im Koalitionsvertrag anstrebt. Ausgereift, schnell umsetzbar, bezahlbar: Unser Unternehmen und einige Mitbewerber machen das seit Jahren. Wenn die Länder dann auch noch schneller Baugenehmigungen aussprechen, dann gewinnt ganz Deutschland. Nur wenn viele Wohnungen gebaut werden, kann sich der Wohnungsmarkt entspannen. Egal ob Miete oder Eigentum.

Jutta Allmendinger

Soziologin

Die allermeisten von uns arbeiten viel. Ein Teil dieser Arbeit wird bezahlt, ein Teil bleibt unbezahlt. Die bezahlte Erwerbsarbeit ist ohne die unbezahlte Sorgearbeit nicht zu denken. Gleiches gilt umgekehrt: Die Erwerbsarbeit ist ein zentraler Pfeiler unseres Wohlstands. Durch sie erwirtschaften wir die Mittel, die wir zum Leben brauchen. Wir müssen also alle Formen von Arbeit im Blick haben. Und wir müssen an Haushalte, nicht nur an Individuen denken. Zweimal 39 Stunden Erwerbsarbeit von beiden Elternteilen geht mit kleinen Kindern, zu pflegenden Angehörigen oder Ehrenamt einfach nicht. Würden wir diese Dienste am Arbeitsmarkt einkaufen, würden zusätzliche Fachkräfte im Sorgesektor benötigt, in der Folge würde sich der Fachkräftemangel dort weiter erhöhen. Das oft lapidar hingeworfene Argument, in Zeiten von Arbeitskräftemangel könnten wir uns eine 32-Erwerbsstunden-Woche nicht leisten, trägt also nicht. Wenn wir Erwerbsarbeit und Sorgearbeit fair zwischen den Geschlechtern verteilen, kommen wir mit etwa zweimal 32 Stunden

auf deutlich mehr Erwerbsarbeitsstunden als beim traditionellen 1- oder 1,5-Verdienermodell. Dieser Ansatz ist für unsere Gesellschaft alternativlos und für die Wirtschaft ein Gewinn.

Jörg Bogumil

Verwaltungswissenschaftler

Trotz jahrzehntelanger Versuche des Bürokratieabbaus gibt es gerade in Deutschland immer noch viele Beispiele für langwierige Bearbeitungsprozesse, kaum verständliche Formulare, absurde Vorschriften und unflexibles Verwaltungshandeln. Diese Verwaltungsverfahren sollen Rechtsschutz und Einzelfallgerechtigkeit gewährleisten, behindern aber in ihrer Anwendung viele Innovationsprozesse und sind schon lange dysfunktional. So erfordert der Antrag für eine Windkraftanlage circa 45 Aktenordner, die Bearbeitung dauert in der Regel sechs Jahre. In den Sozialverwaltungen wird manchmal mit einem Kostenaufwand von über 1000 Euro geprüft, ob jemand 50 Euro zu viel erhalten hat. In einem Familienbetrieb im Gastgewerbe fallen etwa 14 Stunden Arbeitszeit pro Woche allein für Bürokratiepflichten an. Es gibt drei Möglichkeiten, Bürokratie wirklich abzubauen. Wir brauchen Verwaltungsmitarbeiter und vor allem Juristen, die flexibler handeln, Ermessensspielräume wirklich nutzen und sich nicht nur gegen mögliche Kritik von Rechnungshöfen und Gerichten absichern wollen. Dies ist sowohl eine Ausbildungs- als auch eine Führungsaufgabe. Wir brauchen weniger und unkompliziertere Regelungen, mehr Pauschalierungen, die Einführung von Bagatellgrenzen. Dies ist eine Aufgabe, der sich die Politik und die Ministerialbürokratie stärker widmen müssen. Und wir alle brauchen mehr Mut zur Lücke und dürfen nicht immer nach neuen Absicherungsregeln suchen, wenn mal was schiefliegt.

Vanessa Ahuja

Vorständin Internationales bei der Bundesagentur für Arbeit

Wir brauchen die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften nach Deutschland. Wichtig ist, dafür die Schwellen zu senken und die Einwanderung einfacher zu gestalten. Ich wünsch mir dafür einen Digitalisierungsschub – bei manchen Verfahren wird die Bundesagentur für Arbeit immer noch per Post oder Fax eingebunden. Wir brauchen eine leistungsfähige, einheitliche Plattform aller beteiligten Akteure, also etwa der Visastellen, Ausländerbehörden und uns. Außerdem müssen wir in die gesell-

schaftliche Integration investieren. Gerade Qualifizierte wandern auch wieder ab, wenn sie sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen. An die Arbeitgeber appelliere ich, aufgeschlossen zu bleiben. Den zunehmenden Fachkräftemangel zu beklagen, die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften oder Azubis dagegen zu scheuen wird nicht funktionieren. Viele Unternehmen haben das bereits erkannt, es müssen noch mehr werden.

Thomas Caulfield

Vorstandsvorsitzender von Halbleiterhersteller GlobalFoundries

Deutschland hat eine reiche Geschichte im produzierenden Gewerbe und eine starke industrielle Basis. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung nun eine aktive Industriepolitik im Halbleitersektor betreibt und dabei die Möglichkeiten des EU-Chips-Gesetzes nutzt. Wie immer bei großen Anreizprogrammen

kann es jedoch zu einer politischen Dynamik kommen, die von den effektivsten und gerechtesten öffentlichen Investitionen ablenkt. Die Politik darf nicht die Gewinner und Verlierer bestimmen und sollte stattdessen einen dynamischen Wettbewerb fördern. Deutschland hat immer wieder bewiesen, dass es zu anspruchsvollen Veränderungen fähig ist, die sich auf lange Sicht auszahlen. Um Wachstum in unserem Sektor zu ermöglichen, müssen die Regierungen das Energiekostenproblem lösen, da es die Zukunft der produzierenden Unternehmen bedroht. Gleichzeitig brauchen wir nachhaltige Investitionen in Bildung und Talente. Und ich hoffe sehr, dass das politische Klima in Deutschland und Sachsen offen und aufgeschlossen bleibt. Wenn ich auf Deutschlands Herausforderungen blicke, wünsche ich mir mehr „German Mut“ als „German Angst“. Ich bleibe optimi-

stisch für die Chipfertigung in Deutschland und die Wettbewerbsvorteile, die sie dem Automobilsektor bringt, genauso wie den anderen Schlüsselindustrien, die Deutschlands Zukunft sichern.

Aufgezeichnet von Leon Berent, Catrin Boldebeck, Monika Dunkel, Rolf-Herbert Peters, Johannes Röhrig, Jan Rosenkranz, Martin Schlak, Doris Schneyink, Nele Spandick und Jenny von Zepelin

Dieser Artikel ist eine Übernahme von stern PLUS, dem digitalen Premium-Angebot des stern. Für Sie als Capital+-Abonnenten ist er exklusiv hier bis zum 21.9.2023 abrufbar. Danach wird er wieder ausschließlich für stern-PLUS-Abonnenten zu lesen sein unter www.stern.de/plus

Erschienen in stern 38/2023

Wörter:

2796